

ZUM NACHLESEN · GESETZGEBUNG

Gesetzliche Neuregelungen im Juli 2026

AUF GRUNDLAGE DER MITTEILUNG DER BUNDESREGIERUNG VOM 29.06.2026 · STAND: JULI 2026

Renten steigen um 4,24 %. Zum 1. Juli erhalten die rund 21,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner aufgrund der guten Lohnentwicklung zum vierten Mal in fünf Jahren eine Anpassung von über vier Prozent.

Bürgergeld wird zur neuen Grundsicherung. Wer arbeiten kann, soll schneller vermittelt werden; fehlende Mitwirkung hat deutlichere Konsequenzen.

Mindestlöhne in der Altenpflege. Pflegehilfskräfte: 16,52 Euro, qualifizierte Pflegehilfskräfte: 17,80 Euro, Pflegefachkräfte: 21,03 Euro brutto je Stunde – eine weitere Erhöhung folgt im kommenden Jahr.

Minijob: Rückkehr zur Rentenversicherungspflicht. Ab dem 01.07.2026 können Minijobber erstmals zur Rentenversicherungspflicht zurückkehren und damit Rentenansprüche sowie volle Wartezeitmonate erwerben. Anträge sind bereits möglich.

Vergaberecht wird einfacher. Die öffentliche Beschaffung wird flexibler, schneller und digitaler – das entlastet Vergabestellen und Unternehmen und beschleunigt Investitionen aus dem Sondervermögen Infrastruktur.

Luftverkehrssteuer sinkt auf das Niveau vor dem 01.05.2024.

Abschaffung der 150-Euro-Zollfreigrenze. Für zollpflichtige Waren aus Drittländern entfällt ab dem 01.07.2026 die bisherige Freigrenze – betroffen sind vor allem Onlinehandel, Plattformen und Versandhändler außerhalb der EU. Ziel sind gleiche Wettbewerbsbedingungen und weniger Paketflut.

E-Zigaretten-Entsorgung. Rückgabe ist künftig überall dort unentgeltlich möglich, wo E-Zigaretten verkauft werden.

HINWEIS

Die vollständige Übersicht finden Sie bei der [Bundesregierung](#). Für Onlinehändler mit Drittlandsbezug ist der Wegfall der Zollfreigrenze der wichtigste Punkt – sprechen Sie uns an, wenn Sie betroffen sind.

Stand: Juli 2026. Dieser Beitrag ersetzt keine individuelle Beratung. Sprechen Sie uns an: +49 8122 228850 · renate.orthuber@stb-orthuber.de